

Beschluss

Az.:2017/12

In dem Sanktionsverfahren

Beteiligte

abgebende Stelle:

Eurex Deutschland

vertreten durch deren Geschäftsführer

Börsenplatz 4

60313 Frankfurt am Main

Az.: 2017/12

- hat der Sanktionsausschuss der Eurex Deutschland durch
Vorsitzende

Namen der Beisitzer

im schriftlichen Verfahren aufgrund der Beratung am 22. September 2017 beschlossen:

1. Die Beteiligte wird mit einem Verweis belegt.
 2. Die Beteiligte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.
- hat die Vorsitzende des Sanktionsausschusses entschieden:

Die Verfahrensgebühr wird auf 2.000 € festgesetzt.



Eurex Deutschland
Börsenplatz 4
60313 Frankfurt

Postanschrift:
60485 Frankfurt/Main

T +49-69-211-1 52 42
F +49-69-211-1 36 51
sanktionsausschuss-eurex@
deutsche-boerse.com
Internet:
www.eurexchange.com

Geschäftsführung:
Dr. Thomas Book, Mehtap Dinc,
Michael Peters

ARBN: 101 013 361

Gründe

I.

Entscheidungsgegenstand des vorliegenden Verfahrens ist ein Überschreiten des Order-Transaktions-Verhältnisses (OT-Verhältnisses) durch die Beteiligte, wie es in § 17b BörsO angesprochen ist, um 0,2745 per 31. Mai 2017.

Danach sind Handelsteilnehmer dazu verpflichtet, ein angemessenes Verhältnis von Eingaben, Änderungen und Löschungen von Orders und verbindlichen Quotes (Ordereingaben) zu den ausgeführten Geschäften (OT-Verhältnis) zu gewährleisten. Dieses Verhältnis ist auf 1 begrenzt.

Für den Monat Mai 2017 stellte die Handelsüberwachungsstelle (Hüst) fest, dass die Beteiligte als Handelsteilnehmerin das OT-Verhältnis im EUREX-Produkt Euro-Bund-Futures (FGBL) mit einem Wert von 0,2745 überschritten hatte.

Im Rahmen des Auskunftersuchens durch die Hüst teilte die Beteiligte mit, die hohe Anzahl der Orders resultiere aus synthetischen Spread-Orders, die von einem Kunden in das Handelssystem der Eurex-Börsen eingeleitet worden seien. Nachdem das Problem erkannt worden sei, habe man mit dem entsprechenden Händler Kontakt aufgenommen. Es sei aber nicht mehr gelungen, rechtzeitig das vorgeschriebene OT-Verhältnis einzuhalten. Für die Zukunft habe sie drei taktische bzw. strategische Maßnahmen ergriffen, um das vorgeschriebene OT-Verhältnis zu gewährleisten.

Unter dem 12. Juni 2017 unterrichtete die Hüst die Geschäftsführung von der Überschreitung des OT-Verhältnisses, die einen Verstoß gegen § 17b BörsO darstelle.

Unter dem 03. August 2017 gab die Geschäftsführung der EUREX Deutschland unter Einleitung des Sanktionsverfahrens den Vorgang an den Sanktionsausschuss ab, mit der rechtlichen Würdigung, es sei von einem zumindest fahrlässigen Verstoß gegen § 17b BörsO durch die Beteiligte auszugehen.

Im Sanktionsverfahren vertieft die Beteiligte ihr früheres Vorbringen und weist darauf hin, dass sie zusätzlich bei ihrem Kunden eine Schulung dessen Mitarbeiter zur Einhaltung der Eurex Regeln nachgefragt habe.

Zur Ergänzung des Vortrags der Beteiligten sowie. zu den weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Verfahrensakte Bezug genommen.

II.

Rechtsgrundlage für die im Tenor ausgesprochene Sanktion ist § 22 Abs 1 S 2 Börsengesetz (BörsG).

Danach ist eine Sanktionierung durch den Sanktionsausschuss vorgesehen, wenn der Handelsteilnehmer oder eine für ihn tätige Person vorsätzlich oder fahrlässig gegen börsenrechtliche Vorschriften verstößt, die eine ordnungsgemäße Durchführung des Handels an der Börse sicherstellen sollen.

Die Beteiligte ist Handelsteilnehmerin. Das sind nach der Legaldefinition des § 3 Abs 4 BörsG die zur Teilnahme am Handel zugelassenen Unternehmen.

Sie hat fahrlässig gegen die börsenrechtliche Vorschrift des § 17b BörsO, die eine ordnungsgemäße Durchführung des Handels an der Börse sicherstellen soll, verstoßen.

§ 17b BörsO, der das OT-Verhältnis regelt, dient der besseren Überwachungsmöglichkeit des Handels durch die HüSt. Sie ist damit eine Vorschrift im Sinne des § 22 Abs 1 S 2 BörsG.

Diese Vorschrift hat die Beteiligte durch Überschreiten des OT-Verhältnisses, das auf 1 begrenzt ist, im Monat Mai 2017 durch den Wert von 0,2745 verletzt.

Die Nichteinhaltung des OT-Verhältnisses (§ 17b BörsO) ist unbestritten.

Die Beteiligte muss sich das Verhalten der für sie als juristische Person handelnden verantwortlichen Organe zurechnen lassen.

Es ist von einem fahrlässigen Verhalten bzw. Organisationsverschulden auszugehen.

Die Beteiligte geht selbst von einem Fehlverhalten aus.

Die für die Beteiligte verantwortlich Handelnden hätten, aufgrund ihrer Schilderung über die Umstände der Überschreitung, diese durch besser geeignete Maßnahmen verhindern können, was die nachträglich umgehend ergriffenen Maßnahmen erweisen.

Da die Beteiligte schuldhaft einen zu sanktionierenden Tatbestand erfüllt hat, konnte von einer Sanktionierung nicht abgesehen werden.

Für die Sanktionierung der Beteiligten war § 22 Abs 2 S 1 BörsG heranzuziehen, der als Sanktion einen Verweis, ein Ordnungsgeld bis zu 250.000 € oder einen Ausschluss von der Börse bis zu 30 Handelstagen vorsieht.

Bezüglich der Art der ausgesprochenen Sanktion hat sich der Sanktionsausschuss von folgenden Erwägungen leiten lassen:

Die Beteiligte ist ein erfahrener Börsenteilnehmer, deren Organe die Verpflichtung hatten, alle zumutbaren organisatorischen Maßnahmen für die Einhaltung der Regularien zu ergreifen.

Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Beteiligte nach Entdecken des Verstoßes zeitnah organisatorisch erforderliche Maßnahmen eingeleitet hat.

Die Beteiligte hat ihr Fehlverhalten eingesehen und vorgesorgt, zukünftige Vorkommnisse zu verhindern.

In die Entscheidung mit eingeflossen ist die Bedeutung des Verfahrens für die Beteiligte und für den Börsenhandel, wobei es erhebliches Gewicht hatte, dass durch das sanktionierte Verhalten ein finanzieller Schaden anderer Marktteilnehmer bzw. ein Vertrauensverlust der beteiligten Kreise nicht entstanden ist und die Beteiligte sich keinen finanziellen Vorteil verschafft hat.

Deshalb hat der Sanktionsausschuss das Verhängen einer Geldbuße oder gar eines Handelsausschlusses als zu scharfe Maßnahme angesehen, die in keinem Verhältnis zum Gewicht und zur Vorwerfbarkeit des Verhaltens gestanden hätte.

Der ausgesprochene Verweis als geringste Form der Sanktion erscheint unter Würdigung des Gesamtergebnisses des Verfahrens (§ 32 Abs 1 S 1 der Börsenverordnung (BörsVO), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 12.03.2013 (GVBl. S. 28) angemessen.

Die Festsetzung der Gebühr beruht auf § 32 Abs 4 der BörsVO nach Maßgabe des § 3 Abs 1 und 2 und § 6 Abs 1 Hessisches Verwaltungskostengesetz (HVwKostG) in der Fassung vom 12.01.2004, gültig ab 21.07.2009.

Danach war bei der Bemessung der Gebühr von dem mit der Amtshandlung verbundenen Verwaltungsaufwand aller an der Amtshandlung Beteiligten auszugehen, wobei unter Verwaltungsaufwand nach § 3 Abs 2 des HVwKostG der Personal- und der Sachaufwand sowie die kalkulatorischen Kosten zu verstehen sind. Außerdem war die Bedeutung der Amtshandlung für den Empfänger der Amtshandlung zum Zeitpunkt ihrer Beendigung zu berücksichtigen; die Gebühr steht nicht in einem Missverhältnis zu der Amtshandlung (§ 3 Abs 1 S 3 des HVwKostG).

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann binnen eines Monats nach seiner Zustellung Klage vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt am Main, Adalbertstr. 18, 60486 Frankfurt am Main, erhoben werden.

Sie ist zu richten gegen die Geschäftsführung der EUREX Deutschland, Börsenplatz 4, 60313 Frankfurt am Main.

Die Klage ist schriftlich, in elektronischer Form oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts zu erheben.

Bei der Verwendung der elektronischen Form ist zu beachten, dass bei den hessischen Verwaltungsgerichten elektronische Dokumente nur nach Maßgabe der Verordnung der Landesregierung über den elektronischen Rechtsverkehr bei hessischen Gerichten und Staatsanwaltschaften vom 26. Oktober 2007 (GVBl. I, S. 699) eingereicht werden können. Auf die Notwendigkeit der qualifizierten digitalen Signatur bei Dokumenten, die einem schriftlich zu unterzeichnenden Schriftstück gleichstehen, wird hingewiesen (§ 55a Abs. I, Satz 3 VwGO).

Vorsitzende des Sanktionsausschusses der Eurex Deutschland